

Gemeinsam für einen starken Mittelstand

Fahrplan für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik
– Wahlperiode 2021 bis 2025



BUNDESVERBAND
SELBSTÄNDIGE
WISSENSARBEIT
ADESW®

 **MittelstandsAllianz**
Eine Initiative des BVMW

mittelstandsallianz.de

Sehr geehrte Damen und Herren,



Der deutsche Mittelstand ist mit einem Anteil von rund 99,6% aller deutschen Unternehmen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Dabei ist der Mittelstand sehr heterogen aufgestellt und verfolgt gleichzeitig in grundsätzlichen Fragen gemeinsame Interessen und Ziele. Genau diese zwei Seiten bildet die Mittelstandsallianz ab: Wir vereinen eine Vielzahl an mittelständisch geprägten Verbänden – aus speziellen Branchen und branchenübergreifend – und vertreten zugleich gemeinsame Werte und Forderungen, die wir mit unserer starken Stimme vereint an die Politik herantragen.

Dieses Programm nutzt die große Expertise unserer mehr als 30 Partnerverbände und ihrer insgesamt über 900.000 Mitglieder und formuliert Empfehlungen für die Legislatur 2021 bis 2025 in allen für den deutschen Mittelstand relevanten Politikbereichen. Alle im Folgenden zusammengestellten Empfehlungen für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik stehen dabei auf Basis gemeinsamer Leitbilder der Mittelstandsallianz:

In einer stabilen und starken Wirtschaftsnation wie Deutschland, muss es verlässliche Rahmenbedingungen für das Unternehmertum geben. Nur wenn diese Verlässlichkeit gegeben ist, kann Deutschland seine Stellung im globalen Wettbewerb erhalten und ausbauen.

Unseren Wohlstand haben wir in der Vergangenheit durch Ingenieurs- und Erfindergeist erarbeitet. Um diesen Wohlstand zu erhalten, müssen wir die Gründungskultur und Selbstständigkeit und somit die Innovationskraft des deutschen Mittelstands wieder stärker fördern.

Grundlage dafür in einer digitalisierten Weltwirtschaft ist die zukunftsfähige Gestaltung unserer Infrastruktur – für Menschen und Daten. Ebenso muss unsere Bildung digitalisiert werden, für gut ausgebildete Fachkräfte in einer digitalen Welt.

Die deutsche Wirtschaftsstruktur vieler kleiner und mittlerer Betriebe ist die Basis für eine krisensichere Volkswirtschaft. In den modernen und globalen Wirtschaftsfeldern des 21. Jahrhunderts bilden sich jedoch vermehrt transnationale Konzerne mit marktbeherrschender Stellung. Wir glauben an die Kraft des Wettbewerbs und wollen daher eine Globalisierung ohne Monopolisierung gestalten – für einen starken Mittelstand in einer globalen Wirtschaft.

Deutschland wird wirtschaftlich und gesellschaftlich immer in die Europäische Union eingebettet sein. In einer globalen Wirtschaft und vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen, wie dem Klimawandel und weltweiter Migrationsströme, kann der Weg zum nationalen Wohlstand nur über den Multilateralismus führen.

Aus diesen Leitbildern lassen sich die im Folgenden dargestellten, konkreten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen der Mittelstandsallianz ableiten. Betrachtet die künftige Bundesregierung den Mittelstand tatsächlich als Rückgrat der deutschen Wirtschaft und handelt dementsprechend, haben wir eine Chance die Zukunft positiv für die Menschen und Unternehmen in diesem Land zu gestalten.

Mit besten Grüßen

Ihr

Markus Jerger

Sprecher der Mittelstandsallianz
Bundesgeschäftsführer BVMW

Empfehlungen der Mittelstandsallianz zur Bundestagswahl 2021 – Was für den Mittelstand wichtig ist

1. WETTBEWERB

- Bürokratie abbauen!
- Gründungskultur und Selbstständigkeit fördern!
- Mittelstand im digitalen Wettbewerb schützen

2. DIGITALISIERUNG

- Potenziale erkennen, Chancen nutzen!
- Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen
- IT-Sicherheit und Datenschutz als Grundbausteine verstehen

3. ARBEITSMARKT

- Fachkräftemangel mit Flexibilität begegnen!
- Dynamisierung der Verdienstgrenze im Minijob
- Einfach, zielgerichtet, rechtssicher!

4. SELBSTSTÄNDIGKEIT

- Selbstständigkeit fördern
- Modernisierung des Statusfeststellungsverfahrens
- Altersvorsorge für Selbstständige regeln

5. MOBILITÄT UND LOGISTIK

- Mobilität im ländlichen Raum stärken
- Nachhaltige Mobilität und Logistik fördern
- Innereuropäische Mobilität entbürokratisieren

6. BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

- Digitalisierung von Bildungsangeboten und Qualifizierung der LehrerInnen
- Attraktivität der Ausbildung erhöhen
- Ökonomische Bildung und Unternehmertum in Schulen verankern

7. FINANZIERUNG

- Finanzierung erleichtern!
- Wagniskapital stärken!
- Schaffung eines Innovationsfonds!

8. STEUERN

- Abschaffen, entlasten, vereinfachen!
- Gewerbesteuer entschärfen
- Einheitlichen Mehrwertsteuersatz einführen

9. ENERGIE- UND ROHSTOFFWENDE

- Eigenverbrauch belohnen, statt ihn zu bestrafen!
- Energiekosten senken!
- Sekundärrohstoffe verstärkt einsetzen!

10. GESUNDHEIT

- Gesundheitspersonal stärken und Bezahlung verbessern
- Arbeitsschutz mit Sinn und Verstand
- Renditeerwartung dem notwendigen Personal- und Investitionsaufwand anpassen

11. IMMOBILIEN

- Infrastruktur im ländlichen Raum ausbauen!
- Eigenheimquote fördern
- Reduktion der Nebenkosten

12. EUROPA UND INTERNATIONAL

- Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen!
- EU – Perspektive Mittelstand
- Europäische Steueroasen verhindern!

1. WETTBEWERB



Die Herausforderungen der Gegenwart wie Klima, Mobilität, Energieversorgung, Gesundheit und Sicherheit, werden in ihrer Komplexität nur von der Vielzahl an StartUps und Jungunternehmen auf dem Wege echter Innovationen zu meistern sein. Diese Unternehmen brauchen verlässliche politische Rahmenbedingungen und Technologieoffenheit für die Lösungsansätze.

Dr. Bertram Dressel
Präsident BVIZ

Deutschland braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen schaffen und damit für eine standortgebundene Wertschöpfung stehen. Ohne lebendige Gründungskultur droht Stagnation und weniger Wettbewerb.

Achtzig Prozent der mittelständischen Unternehmen sehen den Abbau von Bürokratie als die wichtigste Aufgabe der kommenden Regierung. Bislang wurde die Belastung jedoch immer höher, da die Abbaueffekte der Mittelstandsentlastungsgesetze durch den Aufbau neuer Bürokratie an anderen Stellen konterkariert wurden. Wir brauchen eine Deregulierungsinitiative, um Bürokratie abzubauen, Verfahren zu vereinfachen und praxisgerecht zu reformieren. Denn weniger Bürokratie bedeutet mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Es kann und darf nicht das Ziel rechtlicher Rahmenbedingungen sein, neue Ideen und Geschäftsmodelle durch Bürokratie frühzeitig im Keim zu ersticken.

Unsere Forderungen

■ Gründungsförderung ausweiten

Förderprogramme für Unternehmensgründungen dürfen sich nicht allein auf den technisch-digitalen Bereich, bzw. High-Tech-Gründungen beschränken. Auch der Schritt in die Selbstständigkeit sollte gezielt gefördert werden. Unsere Wirtschaft lebt von der Verzahnung differenzierter Wertschöpfungsketten über alle Branchen und Bereiche hinweg.

■ Experimentierklausel einführen

Im weiteren Sinne der Gründungsförderung, müssen junge Unternehmen die Möglichkeit bekommen, Geschäftsmodelle experimentell auszuprobieren, ohne sich dabei finanziell und rechtlich zu überlasten. Es müssen daher Experimentierklauseln für Gründungen, vor allem im ersten Jahr, eingeführt werden. Ein solches Beispiel ist die Befreiung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten. Eine Validierungsförderung würde darüber hinaus GründerInnen die Finanzierung von Modellen, Mustern oder Prototypen wesentlich erleichtern.

■ Unternehmens- und Aufsteigerkultur stärken

Zur Förderung einer Gründungs- und Aufsteigerkultur, müssen Vorbilder für das Erreichen von Wohlstand und Ansehen durch unternehmerische Leistung stärker und positiver präsentiert werden. Erfolgreiche Unternehmen sollten als Rollenmodelle präsentiert werden, um Jüngere zur Nachahmung zu motivieren. Gleichzeitig muss denjenigen, die gescheitert sind, eine zweite Chance eingeräumt werden, um von einer Tradition des Sicherheitsdenkens zu einer proaktiven, positiven Herangehensweise an die Herausforderungen der Zukunft zu gelangen. Wir fordern die Schaffung einer interministeriellen Task Force „Gründungs-, Innovations- und Aufsteigerkultur“.

■ Halbierung der Bürokratiebelastung für Unternehmen

Dokumentationspflichten kosten Unternehmen immer mehr Zeit und Geld, der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten sollten grundsätzlich von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsansprüchen und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts freigestellt werden. Die One-in-One-out-Klausel muss auch bei der Umsetzung von EU-Recht konsequent angewendet werden.

■ Vergaberichtlinie reformieren

Die Vergaberichtlinie für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen muss vereinfacht werden. Es ist wettbewerbspolitisch bedenklich und wirtschaftlich ineffizient, wenn kleine und mittlere Betriebe allein durch den bürokratischen Erfüllungsaufwand von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Das deutsche Vergaberecht muss zudem zwischen Bundes- und Landesebene synchronisiert werden.

■ Mittelstand im digitalen Wettbewerb schützen

Unser Mittelstand ist auch im digitalen Zeitalter wettbewerbsfähig und muss daher im modernen Wettbewerbsrecht entsprechend beachtet werden. Wir dürfen uns nicht einer „Wild-West-Logik“ des amerikanischen Kapitalismus hingeben, bei der große Unternehmen Monopole bilden und alle Konkurrenten aufkaufen, sobald sie ein interessantes Projekt vorantreiben. Wenn uns die dezentrale Wirtschaftsstruktur mit regionaler Verankerung der Unternehmen in ganz Deutschland auch weiterhin wichtig ist, müssen wir diese Struktur auch im digitalen Wettbewerb besonders hervorheben. Daher treten wir für eine schnelle Umsetzung des europäischen digitalen



Wettbewerb ist auch und gerade in einer immer digitaler agierenden Gesellschaft ein notwendiger Impulsgeber und Beschleuniger für Innovationen und damit in jeder Hinsicht für eine prosperierende Wirtschaft notwendig. Genauso notwendig sind allerdings Rahmenbedingungen, die für alle Akteure gleichermaßen gelten, für den deutschen Mittelstand, gleichzeitig aber auch für große internationale, mittlerweile schon übermächtig gewordene Plattform-Anbieter. Hier herrscht dringender Nachholbedarf, Zuständigkeiten müssen klar geregelt, Abläufe vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden.

Rhett-Christian Grammatik
Geschäftsführer VDAV



INNOVATIONSZENTREN
Bundesverband Deutscher Innovations-,
Technologie- und Gründerzentren e.V.

[vdav]

Verband Deutscher Auskunfts-
und Verzeichnismedien e.V.



Bargeld ist ein soziohistorisch anerkanntes Wertaufbewahrungsmittel. Unsere Kinder lernen mit Bargeld die Wertigkeit von Produkten und Dienstleistungen kennen und schätzen. Bargeld verbindet grenzüberschreitend. Es ist europaweit anerkannt und das einzig gesetzlich vorgeschriebene Zahlungsmittel. Bargeld sichert unsere Souveränität und schützt uns vor digitaler Ausspähung. Damit die Bargeldlogistik für den Souverän Deutschlands aufrechterhalten werden kann, sind täglich viele tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vornehmlich mittelständischer privater Geld- und Wertdienstleister tätig und leisten einen wichtigen Beitrag!

Bernd Herkströter
Vorsitzender BMWL



Binnenmarktes ein, damit sich die mittelständische Digitalwirtschaft auch weiterhin gegen die internationale Konkurrenz (z.B. aus China und den USA mit ihren eigenen, großen Absatzmärkten) behaupten kann.

■ Schaffung eines einheitlichen "Level-Playing-Field"

Ein einheitliches "Level Playing Field" muss für Unternehmen sichergestellt werden, die auf dem gleichen Markt tätig sind. Ein fairer Wettbewerb ist nur dann garantiert, wenn funktionierende europäische Regulierungs- und Marktüberwachungsbehörden effizient, EU-weit einheitlich und in enger Zusammenarbeit mit nationalen Wettbewerbsbehörden tätig werden können, sobald erkennbar ist, dass einschlägig gegen marktregulierende Vorschriften verstoßen wird.

■ Bargeld als Zahlungsmittel erhalten

Um die unternehmerische Selbstbestimmtheit gewährleisten zu können, ist unbürokratischer und barrierefreier Zugang zum Bargeld von strategischer Bedeutung. Die Einführung von Zahlungsobergrenzen wirkt sich ebenfalls kontraproduktiv auf die unternehmerische Gestaltungskraft aus. Die Verwendung digitaler Bezahlmethoden darf nicht zu einem Zwang werden, indem die Bargeldeinzahlung und -auszahlung durch Kreditinstitute unwirtschaftlich für Betreibende von Geschäften gemacht wird. Dies widerspricht der Kultur und dem Verständnis des Mittelstands, Angebote für alle BürgerInnen der Gesellschaft zu machen.



2. DIGITALISIERUNG

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steht in einer zunehmend vernetzten und digitalen Welt vor neuen Herausforderungen. Schon heute wirkt sich die Digitalisierung für die Mehrheit des deutschen Mittelstands positiv auf die Geschäfte aus. Deutschland braucht mehr Mut und Entschlossenheit auf allen politischen Ebenen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Um das Potential der Digitalisierung auszuschöpfen und die Entwicklung innovativer Digitaldienste zu ermöglichen, braucht Deutschland die beste digitale Infrastruktur. Das bedeutet: zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen. Mit flächendeckenden Glasfasernetzen als Schlagadern der Digitalisierung stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen eine wichtige Grundlage für ein attraktives Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land. Darüber hinaus brauchen wir eine nachhaltige Datenpolitik, um global konkurrenzfähig zu sein. Der unbegrenzte Zugang zum Internet ist dabei eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am digitalen Leben.

Unsere Forderungen

■ Deutschland mit der besten Infrastruktur nachhaltig digitalisieren

Die Weichen für den Glasfaserausbau in Deutschland sind gestellt und dieser hat deutlich an Fahrt aufgenommen. Damit diese Entwicklung weiter befördert werden kann, brauchen wir neue Ideen und einen klaren Plan für die entscheidende Phase des Ausbaus: Statt breit gestreuter und oftmals starrer staatlicher Förderprogramme, müssen wir das vorhandene Kapital in diesem Bereich nutzen und den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau fördern. Dieser ist deutlich effizienter in der Umsetzung und kann den BürgerInnen und Unternehmen sehr viel schneller digitale soziale und wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Werden staatliche Fördermaßnahmen jedoch nicht zielgerichtet eingesetzt, treten sie in den Wettbewerb zum eigenwirtschaftlichen Ausbau um die ohnehin schon knappen Kapazitäten im Tiefbau und bei Genehmigungsverfahren. Die künftige Bundesregierung sollte bei der Weiterentwicklung der Förderprogramme für den Glasfaserausbau daher diejenigen unterversorgten Gebiete priorisieren, die kein Unternehmen perspektivisch mit eigenen Finanzmitteln ausbauen wird. Damit wird der Glasfaserausbau beschleunigt und Steuermittel zielgerichtet eingesetzt. In Gebieten, in denen der Ausbau knapp an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit scheitert, weil zu wenige Haushalte und Unternehmen bereit sind, auf Glasfaser zu wechseln, wird eine Glasfaser-Prämie schnell und unbürokratisch Anreize für eine höhere Nachfrage schaffen, indem sie zum Beispiel einen Teil der Kosten für den Glasfaseranschluss des Gebäudes, des Internetvertrags oder der Glasfaserverkabelung im Gebäude subventioniert.

■ Sicherheit als Grundbaustein etablieren

Die IT-Sicherheit muss als ein Bestandteil der Digitalisierung verstanden werden, eine Betrachtung als separates Thema ist nicht mehr zeitgemäß. Jede digitale Handlung muss automatisch vor dem Hintergrund der IT-Sicherheit laufen. Projekte und Initiativen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der IT-Sicherheit müssen daher ausgebaut werden. Deutschland braucht sichere Kommunikationsnetze. Dies



Unsere deutsche und europäische Digitalwirtschaft ist mittelständisch geprägt. Der IT-Mittelstand hat alle Voraussetzungen, um als Innovationsmotor und Fortschrittsbeschleuniger den Weg in die digitale Souveränität zu ebnen. Diese Selbstbestimmtheit über die technologische Gestaltung der Digitalisierung in allen zentralen Lebensbereichen muss für die digitalpolitische Agenda der nächsten Bundesregierung handlungsleitend sein. Wichtige Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels sind ein Staat, der nicht nur Digitalisierung ermöglicht, sondern selbst in der Verwaltung vorlebt ebenso wie eine zeitgemäße digitale Infrastruktur als technologisches Rückgrat der digitalen Transformation, damit der Internetzugang nicht zur Standortfrage für unsere Unternehmen wird. Zudem brauchen wir dringend eine Offensive für hochwertige und leicht zugängliche Bildungsangebote zur Stärkung digitaler Kompetenzen in der gesamten Gesellschaft und um die Fachkräfte zur Gestaltung der digitalen Zukunft auszubilden.

Dr. Oliver Grün
Präsident BITMI





Die Digitalisierung verändert Kundenzugänge, Geschäftsmodelle und Produktionsabläufe im Mittelstand, dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir müssen sicherstellen, dass der deutsche Mittelstand weltweit Vorreiter auch bei der Digitalisierung ist. Dazu brauchen wir Rechtssicherheit in Bezug auf Datenschutz und Datennutzung, einen Digitalisierungsvorbehalt für Gesetze, stärkeres Vertrauen in digitale Geschäftsmodelle und die Förderung von Innovation.

Marco Junk
Geschäftsführer BVDW

BVDW

betrifft sowohl die Angriffs- als auch die Ausfallsicherheit. Mittelständische Betriebe müssen hier verstärkt mit Aufklärungskampagnen und Expertise unterstützt werden.

■ Künstliche Intelligenz im deutschen Mittelstand ausrollen

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und Deutschland hinkt im internationalen Vergleich hinterher. Gerade für mittelständische Unternehmen ist die Implementierung zum Teil schwierig aber zugleich unausweichlich, wenn sie im modernen Wettbewerb mithalten wollen. Die staatlichen Investitionen in KI müssen in der nächsten Legislatur deutlich erhöht werden, um den Anschluss wieder herzustellen. Dabei müssen Mittelständler in den Fokus von Förderprogrammen genommen werden

■ Daten nutzbar machen

In Zeiten der Digitalisierung ist eine Orientierung auf Datenschutz allein nicht mehr aktuell. Vielmehr müssen die Selbstbestimmung und Souveränität der Nutzer und Konsumenten betont werden. Es ist notwendig, die Grundprinzipien des Datenschutzes weiterzuentwickeln. Der Schutz personenbezogener Daten ist ein Eckpfeiler für die funktionierende Datenwirtschaft, aber es muss geklärt werden, was wir unter solchen Daten verstehen und wie wir VerbraucherInnen und Unternehmen in die Lage versetzen, sicher, einfach und langfristig mit ihren Daten umzugehen. Konzepte wie Datentreuhändler, Datenmanagement und Personal Information Management Systeme müssen daher diskutiert und verankert werden. Dabei muss zugleich sicher-

gestellt werden, dass große Plattformbetreiber sich keinen Wettbewerbsvorteil verschaffen können, etwa indem sie Daten nutzen, die mittelständische Unternehmen auf der Plattform generieren, während sie den Mittelständlern selbst den Zugriff auf diese Daten verwehren.

■ Unterstützung des Aufbaus digitaler Geschäftsmodelle

Der Gang in die digitale Wirtschaft kann Unternehmen die Existenz sichern. Ein digitales Standbein kann Ladengeschäfte in der Innenstadt erhalten, denn die digitale Transformation lässt sich nicht mehr umkehren. Die Digitalisierung der Wirtschaft muss daher durch Beratung, Förderung und Wissensvermittlung unterstützt werden – nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt, dass hier viel Bedarf besteht.

■ Moderner Staat – einfach und effizient

Die digitale Verwaltung ist ein entscheidender und notwendiger Schritt zur Reduzierung der langwierigen bürokratischen Prozesse von Behörden und Ämtern. Diese muss von einer digitalen Antragsverwaltung bis hin zu einer zeitgemäßen und technisch aktuellen Behördenvernetzung reichen.

■ Aufbau eines Digitalministeriums

Um die ambitionierten Ziele der Digitalisierung zu erreichen, sind die bereits bestehenden digitalen Kompetenzen innerhalb der Bundesministerien weiter zu stärken und vor allem zu bündeln. Die Konzentration der Kompetenzen soll ein effizientes Projektmanagement digitalpolitischer Vorhaben ermöglichen. Insbesondere sollte



Glasfaser ist die digitale Infrastruktur, die Deutschland in eine erfolgreiche und nachhaltige digitale Zukunft führt. Der Glasfaserausbau hat deutlich an Fahrt aufgenommen und erreicht immer mehr BürgerInnen, Schulen, Unternehmen und weitere wichtige Einrichtungen. Für die entscheidende Etappe des Ausbaus brauchen wir jetzt realistische Ziele und einen klaren Plan.

Dr. Stephan Albers
Geschäftsführer BREKO

BREKO
Bundesverband
Breitbandkommunikation e.V.

3. ARBEITSMARKT



Die Digitalisierung lässt sich nicht rückgängig machen. Gerade der Handel muss die Digitalisierung jetzt klug nutzen und das stationäre Geschäft mit digitalen Angeboten ergänzen, um seine vollen Potenziale auszuschöpfen. Dafür braucht es Anreize für den Aus- und Aufbau von Online-Angeboten, die beste Infrastruktur und effektive Förderung. Die nächste Regierung muss digitale Themen mit Schwung antreiben anstatt sie auszubremsen.

Tim Arlt
Stellv. Bundesvorstand Händlerbund

hier ein Digitalisierungsvorbehalt für alle Gesetzesvorhaben eingeführt werden. Neben einer klaren Aufgabenzuweisung muss das neue Ministerium und seine nachgeordneten Behörden mit entsprechenden personellen Ressourcen ausgestattet werden, um eigene Fachkenntnisse auf- und auszubauen, anstatt diese von externen Beratern einzukaufen. Dies ist beispielsweise im Rahmen einer Digitalagentur möglich, die die Bundesbehörden sowie die Marktüberwachungsbehörden in Fragen der Digitalisierung schult und berät.

Mit der Schaffung eines neuen Ressorts ist es jedoch nicht getan. Zudem schlagen wir vor, im Deutschen Bundestag einen federführenden Ausschuss für die Digitalpolitik einzurichten, der die im neuen Digitalministerium gebündelten Kompetenzen spiegelt.

■ Standardisierung / Offene Netze

Der Zugang, die Mitwirkung an und Entwicklung von offenen Netzen und Systemen in der digitalen Realität, in der alles mit allem vernetzt ist, wird zunehmend zu einem Kriterium, das über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der Welt entscheidet. Proprietäre Strukturen lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. KonsumentInnen werden zunehmend auch zu ProduzentInnen. Die Grenzen zwischen Produktionsmitteln, Regionen und Arbeitskräften heben sich auf. Politik, Gesetzgebung und Betroffene sind zu Kollaboration und nachhaltiger Mitgestaltung aufgerufen.

Die Beschäftigung ist in Deutschland auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dennoch gibt es Handlungsbedarf. Besonders die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes beklagen 66 Prozent der mittelständischen Unternehmen. Der Fachkräftemangel spitzt sich weiter zu und wird zu einem weiteren gravierenden Innovations- und Wachstumshemmnis.

In Zeiten von Globalisierung und wachsender Arbeitsteilung sind flexible Kapazitäten in Produktions- und Innovationsbereichen für den Standort Deutschland von großer Bedeutung. Hier gilt es, die Mechanismen des Arbeitsmarktes grundsätzlich zu modernisieren. Dazu gehört auch, Rahmenbedingungen sinnvoll anzupassen und Rechtssicherheit für AuftraggeberInnen und AuftragnehmerInnen zu schaffen.

Unsere Forderungen

■ Modernen Rechtsrahmen für flexibles Arbeit schaffen

Die Corona-Pandemie hat den Arbeitsalltag von sehr vielen Arbeitnehmenden merklich verändert und dieser Transformationsprozess wird nach dem Ende der Pandemie nicht rückgängig gemacht werden können. Daher müssen Anpassungen im Arbeitsrecht vorgenommen werden, die Arbeitnehmenden und ArbeitgeberInnen unbürokratische und rechtssichere Möglichkeiten für flexibles Arbeiten an die Hand geben – und das nicht für tarifvertraglich Angestellte.



Die Verteilung von Anzeigenblättern erfolgt in der Regel nur einmal in der Woche, weshalb es sich um einen typischen Nebenverdienst handelt. Für die Anzeigenblattverlage bedeuten die starren Verdienstgrenzen jedoch eine zweifache Belastung: Trotz des Zustellermangels muss aufgrund des steigenden Lohnniveaus immer mehr Personal rekrutiert werden. Zusätzlich müssen die einzelnen Zustellbezirke entsprechend neu zugeschnitten und verkleinert werden. Bei der Forderung nach einer Dynamisierung der Verdienstgrenzen geht es aus Sicht des BVDA nicht um eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung, sondern um eine längst fällige Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen.

Dr. Jörg Eggers
Hauptgeschäftsführer BVDA





Der Mittelstand als Arbeitsplatzmotor dieses Landes benötigt endlich der Lebenswirklichkeit angepasste arbeitsrechtliche Voraussetzungen. Die heute starren und veralteten Regelungen und Grenzwerte sind oftmals Hinderungsgründe für die Schaffung zeitgemäßer Beschäftigungsverhältnisse. Deutschland hinkt hier - auch im internationalen Vergleich - deutlich hinterher. Dieser Umstand behindert mögliches Wachstum für mittelständische Unternehmen.

Jan Kalbfleisch
Geschäftsführer FdW

Damit Unternehmen besser auf die Anforderungen ihrer weltweiten Kunden reagieren können, muss die tägliche Höchstarbeitszeit in Absprache mit den MitarbeiterInnen durch Jahresarbeitszeitkonten ersetzt werden können.

■ **Dynamisierung der Verdienstgrenzen im Minijob**

Mit den seit Jahren steigenden Durchschnittslöhnen zieht auch der Mindestlohn an. Arbeitnehmende in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen können jedoch an dieser Entwicklung nicht teilhaben, denn die letzte Anhebung der Verdienstobergrenze liegt bereits sieben Jahre zurück. Steigt der Stundenlohn eines Minijobbers, muss folglich die Stundenzahl verringert werden. So wird ein Instrument, das beispielsweise junge Menschen in Ausbildung zum Nebenverdienst, genauso wie RenterInnen zum Aufstocken einer geringen Rente dringend benötigen, bald abgeschafft, ohne eine Alternative dafür anzubieten. Wir fordern daher eine sofortige Anhebung der Verdienstobergrenze für geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in der Gleitzone auf monatlich mindestens 530 Euro sowie eine Kopplung an die Entwicklung des Mindestlohns. Durch diese Anhebung und Dynamisierung kann den Veränderungen am Arbeitsmarkt Rechnung getragen und den geringfügig Beschäftigten ermöglicht werden, von steigenden Mindestlöhnen zu profitieren.

■ **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen**

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Diesem Mangel muss auch mit gezielter Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem (EU-)Ausland entgegengekommen werden. Hier ist die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ein wichtiges Instrument, welches effizienter im Sinne einer unbürokratischen und schnellen Zulassung von ausländischen Abschlüssen geregelt werden muss. Deutschland darf durch intransparente Entscheidungsprozesse nicht den weltweiten Wettkampf um die besten Talente verlieren.



4. SELBSTSTÄNDIGKEIT UND UNTERNEHMERTUM

Im freien Unternehmertum ist die Selbstständigkeit ein elementarer Bestandteil des Wirtschaftssystems, der für Innovation, Fortschritt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze steht. In einer modernen Wirtschaft, die Arbeitsaufträge immer mehr als Projekte versteht, bei denen verschiedene ExpertInnen themenbezogen zusammengebracht werden, nehmen Selbstständige eine noch wichtigere Rolle ein. Die öffentliche Diskussion beschränkt sich dabei zu sehr auf offensichtliche Fehlentwicklungen (z.B. (Schein-)Selbstständigkeit im Rahmen von Plattformarbeit). Dabei verkennt man jedoch das ungeheure Potenzial, welches in der Selbstständigkeit für Unternehmen und Selbstständige steckt – vor allem in einer digitalen Wirtschaft. Die gesamte arbeitsmarktpolitische Ausrichtung würde durch das Anerkennen der Tatsache, dass rund ein Drittel der Deutschen als Selbstständige agieren, deutlich realitätsnaher werden und mehr Flexibilität eröffnen.

Unsere Forderungen

■ **Selbstständigkeit fördern**

Die seit langem dynamisch wachsende Gruppe von Selbstständigen und Freiberuflern steht für Flexibilität und Innovationskraft und ist längst zu einem integralen Teil der Wirtschaft geworden. Es ist an der Zeit für ein klares politisches Bekenntnis zur Förderung der Selbstständigkeit. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden Verbände, ebenso wie andere WirtschaftsvertreterInnen politisch zu beteiligen und insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren bereits in Konzeptions- und Durchführungsphasen frühzeitig einzubeziehen.

■ **Rechtssicherheit für Selbstständige und AuftraggeberInnen**

Es muss Rechtssicherheit beim Einsatz von selbstständigen ExpertInnen und Führungskräften in Unternehmen hergestellt werden. Ohne diese Rechtssicherheit für Selbstständige und deren AuftraggeberInnen werden Projekte verschleppt oder gar nicht erst gestartet. Das schadet dem Innovations- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade im digitalen Zeitalter muss Selbstständigkeit zeitgemäß definiert werden. Die aktuellen Kriterien entsprechen nicht mehr der realen Arbeitswelt in einer digitalen Wirtschaft mit zunehmender zeitlicher und räumlicher Flexibilität – dies muss angepasst werden.

■ **Modernisierung des Statusfeststellungsverfahrens**

Eine grundsätzliche Überarbeitung des Statusfeststellungsverfahrens der Deutschen Rentenversicherung ist nötig, da es auf veralteten und inzwischen nicht mehr mit der Realität vereinbaren Kriterien basiert. Ebenso muss die nachträgliche Betrachtung einzelner Aufträge bei selbstständigen ExpertInnen und Führungskräften beendet werden. Die Anerkennung des Selbstständigenstatus sollte im Sinne eines Positivbescheids erfolgen, was AuftraggeberInnen und selbstständigen AuftragnehmerInnen die erforderliche Sicherheit in der vertraglichen Ausgestaltung der Zusammenarbeit bringen würde.



Die Verunsicherung rund um die Beauftragung von Selbstständigen führt zu verschleppten Projekten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Selbstständigkeit in Deutschland braucht mehr als eine kosmetische Veränderung des Statusfeststellungsverfahrens. Wir brauchen einen neuen, zeitgemäßen Rechtsrahmen, in dem hochqualifizierte, selbstständige Experten rechtssicher arbeiten und Auftraggeber schnell und effizient Aufträge vergeben können.

Dr. Marei Strack
Vorstandsvorsitzende DDIM

fwd:

Bundesvereinigung
Veranstaltungswirtschaft

DDIM.



Selbständigkeit ist wichtig für unser Land. Die vergangenen 12 Monate haben eindrucksvoll vor Augen geführt, dass die Fähigkeit, in Form von Projekten schnell und präzise auf neue Herausforderungen reagieren zu können, das zentrale Element der Wettbewerbsfähigkeit im Technologiezeitalter ist. Ohne externe, punktgenaue Unterstützung durch umfassendes Spezialwissen ist es kaum einem Unternehmen oder einer Organisation möglich, dieser Dynamik wirkungsvoll zu begegnen. Selbstständige sind auch hier ein wichtiger Erfolgsfaktor. Allerdings wird die Rechtslage für die Beauftragung von externen Experten auf selbständiger Basis sowohl von Seiten der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer als sehr unsicher wahrgenommen. Hier gilt es anzusetzen und das Statusfeststellungsverfahren zu modernisieren - dieses sollte verlässlicher, transparenter und schneller werden und moderne Formen der agilen Zusammenarbeit berücksichtigen.

Carlos Frischmuth
Vorsitzender des Vorstands
BV Selbst. Wissensarbeit

■ Altersvorsorge für Selbstständige regeln

Eine pauschale Versicherungspflicht für Selbstständige in der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab. Schon heute sorgt eine große Zahl von Selbstständigen aus eigenem Antrieb für das Alter vor. Diskutabel wäre eine Altersvorsorgepflicht, die ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die maximale Wahlfreiheit in der Art und Form der Altersvorsorge und die Diversität der gewählten Produkte muss dabei gewährleistet werden. Bereits geleistete Vorsorge ist unbedingt zu berücksichtigen. Statt Pflichten aufzuerlegen, muss der Gesetzgeber Anreize stärken, um die Vorsorge attraktiver zu machen.

■ Gründerökosysteme nachhaltig fördern

Neue Gründungen bringen den Mittelstand durch Innovationen, neue Arbeitsplätze und neue Kooperationsmöglichkeiten mit bestehenden Unternehmen auf vielen Ebenen voran. Besonders regional verankerte Gründer- und Innovationszentren können ein sehr praktikabler Weg sein, um GründerInnen den Einstieg in die eigene Unterneh-

mung zu erleichtern und ihnen bei ihren Fragen der Gründung und des Wachstums kompetente Unterstützung an die Seite zu stellen. Gründungsökosysteme umfassen die Gesamtheit der Unterstützungslandschaft für GründerInnen sowie Start-Ups in einer bestimmten Region, aber auch die Gründungsszene selbst. Als wesentliches Merkmal gilt das effektive Zusammenwirken von unterstützenden Akteuren und Organisationen, wie beispielsweise Bildungs- und Fördereinrichtungen, Unternehmen, Investoren und politischen Institutionen. Erfolgreiche Vorhaben ziehen andere Gründungswillige an und führen langfristig zu mehr Gründungen, Innovationen und Beschäftigung. Daher sollte die künftige Bundesregierung verstärkt auf regionale Gründerökosysteme setzen, denn hier werden bisherige Förderungen und Erfahrungen mit aktuellen Anforderungen von GründerInnen kombiniert und regional verankert – gerade in wirtschaftsschwächeren Regionen Deutschlands tragen Gründerökosysteme effektiv zur Belebung der regionalen Wirtschaft bei.



Deutschland braucht Selbstständige. Genauso brauchen Unternehmen und selbstständige Expertinnen und Experten jedoch verlässliche und faire Regelungen. Was die Wirtschaft jedoch nicht gebrauchen kann, ist Überregulation. Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass uns Beschränkungen teuer zu stehen kommen. Weil die Beantragung von Corona-Hilfen zuletzt nur über Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Anwälte funktionierte, kam für zahlreiche Unternehmen jegliche Unterstützung, wenn sie denn überhaupt floss, zu spät. Selbstständige Bilanzbuchhalterinnen und Bilanzbuchhalter hätten hier aufgrund ihrer Expertise schnell für Entlastung sorgen können. Deutschland muss sich bewegen und darf mit seinem antiquierten Steuerberatungsgesetz nicht länger gegen geltendes EU-Recht verstoßen.

Markus Kessel
Geschäftsführer BVBC

5. MOBILITÄT UND LOGISTIK



Dekarbonisierung und Digitalisierung sind die zwei zentralen Herausforderungen für die Zukunft des mittelständischen Transport- und Logistiksektors. Die Branche hat ihre Anpassungsfähigkeiten in der Vergangenheit vielfach unter Beweis gestellt und wird auch diese Aufgaben meistern. Dazu erwarten wir von der kommenden Bundesregierung verlässliche und planbare Rahmenbedingungen und eine Politik, die Adaption und Transformation fördert.

Nikolja Grabowski
Vorstand ELVIS

Durch das Schengen-Abkommen können wir in fast jedes Land innerhalb Europas problemlos einreisen. Geschäftskontakte, Waren und Dienstleistungen sind schon lange nicht mehr an Grenzen geknüpft. Nach der Corona-Pandemie wird das Reisen wieder deutlich zunehmen. Es muss daher die Grundlage für ein effizientes, nachhaltiges und schnelles Reisen gelegt werden. Auch der Warenverkehr wird stetig zunehmen und muss durch wenig Bürokratie und durch eine schnelle Abwicklung in einem fairen Wettbewerb zu anderen Wirtschaftsräumen fließen können.

Unsere Forderungen

■ Nachhaltige Mobilitätskonzepte fördern

Die deutsche Wirtschaft unternimmt große Anstrengungen, ihre Prozesse nachhaltig zu gestalten. Dies schließt das betriebliche Mobilitätsmanagement ein. Es müssen endlich gesetzliche Rahmenbedingungen für nachhaltige und ganzheitliche Mobilitätskonzepte geschaffen werden. Des Weiteren muss eine Förderung von umweltfreundlichen Fahrzeugen in den Fuhrparks der Unternehmen eingeführt werden, um die Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität zu unterstützen.

■ Nachhaltige Zustellkonzepte von Handelswaren

Die Auswirkungen der Digitalisierung und der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen auf den modernen, mittelständischen Handel, aber auch auf die letzte Meile der Paketzustellung, sind beachtlich. Der Einzelhandel muss seinen Weg in den digitalen Handel finden. Dafür sind eine Digitalinfrastruktur und ein einheitlicher Datenaustausch erforderlich. Das Paketvolumen wird in den nächsten Jahren kräftig zunehmen. Paketautomaten, auf z.B. Parkplätzen und in Bahnhöfen, können nur einen kleinen Teil der Mengen verarbeiten. Weitaus zukunftsfähiger sind Paketboxen in den Häusern. Diese müssen aber wie schon die „alten“ Hausbrieffachanlagen gemein-

sam mit den Paketautomaten als grundlegende Infrastruktur für alle Anbieter offen sein. Es bedarf smarter, digitaler und datenbasierter Ergebnisse, die eine nachhaltige, wirtschaftliche Gesamtlösung auch im Hinblick auf das life-cycle Management, die Kreislaufwirtschaft, das Retourenmanagement und die nachhaltige und wiederverwertbare Verpackung bieten.

■ Dekarbonisierung des (LKW-)Transportes

Sofern die Bundesregierung weiterhin an der proklamierten Technologieoffenheit festhalten will, so muss eine effiziente Förderung der Anschaffung alternativer Antriebsformen und der dafür nötigen Infrastruktur implementiert werden. Dieses Förderungssystem muss Teil eines klaren Plans sein, wie die jüngst konkretisierten Ziele zur Reduktion der Emissionen im Verkehrs- und Transportsektor erreicht werden sollen.

■ Zielgerichteter Ausbau der Schlüsselinfrastrukturen

Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft sind die Verkehrswege, die Energie- und Wasserversorgung, die Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen sowie die digitale Infrastruktur und Kommunikation. Der Mittelstand würde in hohem Maße von dem Ausbau dieser Bereiche, unter Berücksichtigung von Modernität und Umwelt, profitieren. Zum Ausbau dieser Schlüsselinfrastrukturen gehört auch die umfassende Nutzung von Digitalisierungsprozessen. Gerade in der Verkehrsplanung sollte der Bund eine geeignete Strategie für die effektive Nutzbarmachung von Verkehrsdaten entwickeln.

■ Intermodalität

Das Ziel einer multimodalen Verkehrswende erfordert eine vernetzte, leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur. Moderne Verkehrskonzepte beinhalten die Möglich-



Ein attraktives Reiseland und bedeutender Wirtschaftsstandort wie Deutschland braucht eine vernetzte, leistungsfähige und zuverlässig funktionierende Verkehrsinfrastruktur. Eine moderne multimodale Verkehrswende muss ökologisch, digital und bedarfsgerecht sein. Dazu gehören nahtlose und einheitliche Buchungs-, Bezahl- und Ticketprozesse, steuerliche Erleichterungen für neue Mobilitätsformen und gesetzliche Regelungen zum Bürokratieabbau, etwa bei digitalen Reisekostenbelegen oder der A1-Bescheinigung für Geschäftsreisen ins Ausland..

Christoph Carnier
Präsident VDR





Die Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum muss ein zentraler Eckpfeiler für die anstehende Legislatur sein. Das Taxi, als zentraler Bestandteil des ÖPNV, steht für Daseinsvorsorge und Innovation - in der Stadt und auf dem Land. Mit neuen Modellkonzepten zur Ergänzung des ÖPNV (erste/letzte Meile) kann das Taxi dazu beitragen, das Ziel einer Mobilitätsgarantie auch im ländlichen Raum zu erreichen. Hierzu bedarf es einer mutigen, weiteren Aufstockung der Regionalisierungsmittel. Damit diese Konzepte auch wirklich innovativ sind, muss Klimaschutz mitgedacht werden. Deshalb ist es wichtig, dass die neue Bundesregierung u.a. Mittel des Next-GenerationEU-Programms zur Förderung von 100% emissionsfreien Taxis einsetzt.

Herwig Kollar
Präsident Bundesverband
Taxi & Mietwagen

keit eines nahtlosen Wechsels zwischen Verkehrsträgern und fördern den innovativen Einsatz neuer Mobilitätslösungen und -plattformen. Durch digitale Technologien können heute schon Buchung, Bezahlung und Ticketing als ein einziger Vorgang angeboten werden. Eine funktionierende Anschlussmobilität kann durch gezielte Anreize viele Chancen für eine nachhaltige Reisegestaltung bieten. Den Vorgaben der Europäischen Union folgend, ist die vollständige Digitalisierung der Frachtinformationen aller Verkehrsträger bis 2024 zu gewährleisten, sowie die Vernetzung der Logistik- und Transportplattformen unter Verwendung des Europäischen Transportdatenmodells zu fördern und zu gewährleisten.

■ Innereuropäische Mobilität entbürokratisieren

Seit dem Jahr 2010 benötigen MitarbeiterInnen für jede dienstliche Reise ins EU-Ausland eine Bescheinigung über ihre Sozialversicherung. Die A1-Bescheinigung und Arbeitnehmerfreizügigkeit sollen die Dienstleistungsfreiheit stärken. Doch der tatsächliche Bürokratieaufwand ist für Unternehmen enorm: Die Information an den zuständigen Versicherungsträger sowie die Ausstellung der Bescheinigung, die zudem immer tagesaktuell sein muss, führen zu einem hohen administrativen Aufwand in den Unternehmen, der in Zeiten digitaler, papierloser Prozesse nicht nachvollziehbar ist und der die europäische Wirtschaft und einen funktionierenden EU-Binnenmarkt behindert. Es ist an der Zeit, dass der freie Personenverkehr innerhalb der EU auch für dienstlich Reisende vereinfacht und entbürokratisiert wird.

■ Mobilität im ländlichen Raum stärken

Die Daseinsvorsorge muss im ländlichen Raum gewährleistet sein. Eine gute Anbindung an das ÖPNV-Netz muss gesichert sein. Menschen im ländlichen Raum dürfen nicht auf der Strecke bleiben und die Mobilität muss uneingeschränkt möglich sein, vor allem um die Möglichkeiten von New Work flächendeckend nutzen zu können. Um den ÖPNV für jeden in wenigen Minuten erreichbar zu machen, müssen alternative und innovative Konzepte zur Ergänzung des ÖPNV (z.B. Taxen oder Car-Sharing) angedacht werden. Aus den bisher geleisteten Pilotprojekten sollten landesweit Schlüsse gezogen werden, sodass Zweit- oder Drittwagen durch Anreize abgeschafft werden können.

■ Digitalisierung der Frachtbeförderung vorantreiben

Die Effizienz der Frachtbeförderung und der Logistikdienste ist von entscheidender Bedeutung für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, das Funktionieren des Binnenmarkts und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt aller Regionen der Europäischen Union. Die Digitalisierung der Frachtbeförderung und der Logistikdienste ist zu fördern, um die Verwaltungskosten zu senken, die Möglichkeiten der zuständigen Behörden zur Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu verbessern und die Effizienz sowie die Nachhaltigkeit des Verkehrs zu verbessern. Es ist ein einheitlicher Rechtsrahmen auf EU-Ebene zu schaffen, der die zuständigen Behörden verpflichtet, rechtsverbindlich vorgeschriebene Frachtbeförderungsinformationen in elektronischer Form zu akzeptieren. Damit muss, aufgrund der verfügbaren elektronischen Mittel, die mögliche Vereinfachung und Effizienzsteigerung erreicht werden.

6. BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Deutschlands Aus- und Weiterbildungssystem muss fit gemacht werden für die Anforderungen des sich immer schneller verändernden Marktes. Die Nachwuchskräfte von morgen müssen gezielter auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Vor allem durch eine verbesserte Bildung lässt sich dem zunehmenden Fachkräftemangel auf Dauer entgegenwirken. Die Bildungspolitik ist hier gefordert. Gleichfalls gilt es, die sich durch digitale Entwicklungen stetig wandelnden Anforderungen an Beschäftigte, mit fortlaufender Weiterqualifizierung zu vermitteln. Für den Mittelstand ist eine qualitätsorientierte Bildungspolitik gleichzeitig Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik.

Unsere Forderungen

■ Digitalisierung von Bildungsangeboten und Qualifizierung der Lehrenden

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen im deutschen Bildungssystem offengelegt: Digitale Lehr- und Lernkonzepte, digitale Lernplattformen und -infrastruktur und die Entwicklung der digitalen Kompetenzen des Lehrpersonals müssen unverzüglich und unter größtem finanziellem Aufwand angegangen werden. Es bedarf Fortbildungen der Lehrenden, einheitliche Beschlüsse und der Weiterentwicklung von Bildungsangeboten unter Einbeziehung der Veränderung in Methodik und Didaktik. Den Anschluss an eine digitale Ausbildung hat Deutschland bereits verpasst und muss diesen nun herstellen. Hier besteht die Chance, einen „Bildungsraum“ für digital gestützte Lehre zu schaffen, der, auch über die einzelnen Institutionen hinaus, den Lernenden in den Fokus stellt. So kann praxisbezogene Lehre bereits in den



Die Digitalisierung ist eine zentrale Herausforderung für Deutschland. Alle Menschen müssen Zugang zu Geräten und Internet haben. Doch das allein genügt nicht. Es geht auch um Weiterbildung, damit sie mit dieser Infrastruktur auch etwas anfangen können. Dies ist aus sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Gründen wichtig!

Thiemo Fojkar
Vorstandsvorsitzender BBB



Die digitale Transformation kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Veränderungsprozesse verstehen und die Chancen der digitalen Transformation erkennen. Für diese Bildungsmaßnahmen in der Vielfalt stehen wir mit unserem Bildungsverband.

Gerhard Wächter
Präsident eato

schulischen Alltag integriert werden. Denn unsere Wirtschaft ist auf Ausgebildete mit digitalen Kompetenzen angewiesen. Schaffen wir die Vermittlung dieser Kenntnisse nicht, wird das in unaufhaltsamer Weise auf den deutschen Sozialstaat zurückfallen – daher hier keine Investition scheuen und neue Wege gehen!

■ **Attraktivität der Ausbildung erhöhen**

Die gesellschaftliche Anerkennung eines jungen Menschen darf nicht vom Abitur oder dem Hochschulabschluss abhängen. Der Erwerb eines guten Hauptschul- und Realschulabschlusses muss gesellschaftlich ebenso gewürdigt werden. Beide sind die Grundlage für eine qualifizierte duale berufliche Bildung. Ohne diese könnten die mittelständischen Unternehmen nicht der Motor der deutschen Wirtschaft bleiben. Wenn aktuell nahezu zwei Drittel eines Jahrgangs ein Studium aufnehmen und nur ein Drittel einen Beruf erlernt, ist dies ein Umstand, der nicht an den Bedarfen und Realitäten der Wirtschaft ausgerichtet ist. Deswegen muss die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung endlich wieder ein fester Grundsatz unserer Gesellschaft sein. Die Mittelstandsallianz und Bildungsallianz fordern eine bundesweite Kampagne für berufliche Bildung sowie die Gründung einer Bundesstiftung für berufliche Bildung, an der sich Bund, Länder und Kommunen sowie Wirtschafts- und BildungsexpertInnen beteiligen.

■ **Ökonomische Bildung und Unternehmertum in Schulen verankern**

Eine frühe Wissensvermittlung ökonomischer Grundkenntnisse stärkt das Interesse junger Menschen am Unternehmertum und fördert die Gründungskultur in Deutschland. Praxisaufenthalte und Hospitationen von LehrerInnen verbessern die Berufs- und Studienorientierung an Schulen und verringern somit Studienabbruchquoten



eato^{e.V.}

von zum Teil über 40 Prozent. Zudem sind Unternehmenspraktika oder Unternehmensbesuche auch für SchülerInnen verpflichtend in den Schulplänen zu verankern.

■ **Bildungsausgaben effizienter nutzen**

Wir stellen fest, dass immer mehr Geld statt in der Bildung in der Bildungsbürokratie und in Reformprojekten von zweifelhaftem Nutzen versickert – zu wenig kommt bei den SchülerInnen vor Ort an. Investitions- und Instandhaltungstau sowie die Digitalisierungslücke, sind Folgen dieser Fehlentwicklung. Wir fordern innerhalb der föderalen Strukturen, dass die Schulen mehr Autonomie erhalten, um über ihre eigenen Finanzen zu entscheiden und dadurch Personal, Investitionen und Organisationsstrukturen planen zu können. Zugleich stellen wir fest, dass das Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist. Deswegen fordern wir, dass ein Prozentpunkt der Mehrwertsteuer zusätzlich in Bildung fließt. Das wären 100 Milliarden Euro in zehn Jahren und der Start in eine wirkliche Bildungsdekade.

■ **Voraussetzungen für einen Wissensstandort Deutschland schaffen!**

Die Bildung muss so ausgerichtet werden, dass Schul- und HochschulabgängerInnen in die Lage versetzt werden, das erworbene Wissen für den Standort Deutschland erfolgreich einzubringen. Es sollte eine interministerielle Arbeitsgruppe „Gründer-, Innovations- und Aufsteigerkultur“ mit dem Ziel eingerichtet werden, junge Menschen mit herausragendem MINT-Potenzial gezielt zu fördern (Stipendien etc.) und ihnen auch Unternehmerkultur zu vermitteln.

■ **Digitale Transformation im Mittelstand – Kompetenzentwicklung**

Nach wie vor sind viele mittelständische Unternehmen erst am Anfang der digitalen Transformation. Die Veränderung der Geschäftsmodelle durch die Digitalisierung, durch die daraus resultierenden Veränderungsprozesse im Unternehmen selbst und die damit verbundenen Investitionen, vor allem in die Personalentwicklung (sowohl bei den Führungskräften, als auch bei den MitarbeiterInnen) sind nicht immer aus eigener Kraft erreichbar. Wir fordern, dass Investitionen in die Kompetenzentwicklung zur Digitalen Transformation in Unternehmen unbürokratisch durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für die nächsten vier Jahre gewährleistet werden.

■ **Digitaloffensive Weiterbildung**

Damit die bestehende Belegschaft im Digitalisierungsprozess von Unternehmen mitgenommen wird und in veränderten, digitalisierten Prozessen weiterhin gut arbeiten kann, ist eine „Digitaloffensive Weiterbildung“ nötig. Diese soll das Ziel verfolgen, einen Rechtsanspruch aller auf berufliche Weiterbildung zu verankern und richtet sich vor allem an die Beschäftigten, deren berufliche Tätigkeiten im Zuge des digitalen oder technologischen Wandels wegfallen oder sich stark verändern werden.

■ **Digitalisierung der Bildungsinhalte im Hochschulbereich**

Alle Inhalte von Studiengängen, nicht nur im MINT-Bereich, sollen kurzfristig über geeignete Medien allen Studierenden zur Verfügung gestellt werden. Digitale Auffindbarkeit ist hierbei genauso zu berücksichtigen wie die Qualität der Medien und deren Verwendbarkeit im wissenschaftlichen Diskurs. Auch dies ist Teil eines nationalen Bildungsraums.



Die Stärkung der Bildungsqualität in Deutschland ist die wesentliche Zukunftsaufgabe. Dabei geht es um die Stärkung vielfältiger, differenzierter Bildungswege und nicht um die Verengung auf akademische Abschlüsse und leere Quoten. Qualitative berufliche Bildung, die Orientierung der Bildung an den realen Zukunftsfeldern und vielfältige Möglichkeiten des Bildungsaufstiegs sichern die wirtschaftliche Stärke unseres Landes!

Jürgen Böhm
Bundesvorsitzender VDR

VDR

Verband Deutscher Realschullehrer

7. FINANZIERUNG



Der Zugang zu und die Versorgung des Mittelstands mit Fremdfinanzierungsmitteln muss unseres Erachtens an Bedeutung zunehmen. Dabei ist ein optimaler Mix der Finanzierungsbausteine unabdingbar. Viele Unternehmen im Mittelstand hatten und haben durch die Corona-Krise Umsatzrückgänge. Dies wird sich in den Bilanzen 2021 niederschlagen und zu schlechteren Ratings führen. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Finanzierung von/ für diese Unternehmen erschwert wird. Dazu hat sich der BFM auch mit anderen Verbänden aus der Real- und Finanzwirtschaft zu der Initiative PRO Mittelstand zusammengeschlossen, um sich für die Aufrechterhaltung der Finanzierungsvielfalt des Mittelstands sowie für die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen einzusetzen.

Michael Ritter
Vorstandsvorsitzender bfm

bfm
ZUKUNFTSFINANZIERUNG
AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Ein stabiler Finanzsektor ist für die Finanzierung von Wachstum unverzichtbar. Obwohl 62 Prozent der mittelständischen Unternehmen ihre Finanzierungssituation als gut bis sehr gut bewerten, müssen für den Mittelstand alternative Finanzierungswege geöffnet werden. Gerade für junge Unternehmen erfüllen Banken ihre Finanzierungsaufgabe nicht oder nur noch unzureichend. Um neuen Banken- und Finanzkrisen vorzubeugen, sind eine umfassende Transparenz auf den Finanzmärkten und unabhängige Aufsichtsbehörden notwendig.

Unsere Forderungen

■ Leichter Zugang zu Kapital für GründerInnen

GründerInnen muss ein leichter Zugang zu verfügbarem Kapital ermöglicht werden. Innovative Ideen dürfen nicht durch hohe Hürden verloren gehen. Die Gründungskultur muss durch attraktive Finanzierungsmodelle gefördert werden und somit die Basis für erfolgreiches Unternehmertum gelegt werden. Das Kreditrisiko muss minimiert werden und ein flexibler Rückzahlungsplan zur Verfügung stehen. Es muss endlich ein Wagniskapitalgesetz auf den Weg gebracht werden. Zudem müssen GründerInnen langfristige Unterstützung erfahren, auch dann, wenn sie aus der initialen Startphase heraus sind. Nur so können wir ihre Ideen in Europa halten und den Standort Deutschland stärken.

■ Flexible Finanzierungsalternativen sind gefragt

Klassische Finanzierungsmechanismen müssen auf den Prüfstand gebracht werden, Förderinstitutionen sind gerade dann gefragt, wenn die Finanzierungsbedingungen schwieriger werden. Es gilt, Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung mit innovativen Finanzierungsinstrumenten zu verbessern und zukunftsträchtige, flexible Alternativen zu erschließen. Maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte sind insbesondere bei Nachfolgeregelungen, Wachstum und Internationalisierung gefragt. Private Initiativen, wie Investorenclubs oder regionale Gründungsfonds, sollten administrativ und steuerlich Erleichterungen und Deregulierung erfahren.

■ Schaffung eines Innovationsfonds!

Ein Innovationsfonds, z.B. in Analogie zu Frankreich und Großbritannien, hat den Vorteil, dass Portfolioeffekte zur Risikoreduzierung implizit genutzt werden. In Frankreich haben die steuerlichen Anreize der Innovationsfonds zu einem Hebeleffekt von eins zu fünf geführt: So wurden zusätzlich sechs Milliarden Euro an privatem Kapital eingesammelt. Es sollte ein Fonds in Deutschland eingeführt werden, der sowohl eine Anrechnung eines Teils der Investitionen auf die Einkommensteuerschuld als auch eine Befreiung von der Besteuerung im Erfolgsfall vorsieht.

■ Transparenz- und Informationsanforderungen für Banken bei Finanzierungen

Banken und Finanzinstitutionen sollte bei Finanzierungen auferlegt werden, über Transparenzanforderungen zu informieren und Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen und zu erläutern. Damit wird eine Produkt- und Anforderungstransparenz geschaffen.

■ Bankenfinanzierung in den Mittelstand lenken

Es muss eine Eigenkapitalunterlegung für Banken beim Kauf von Staatsanleihen und Interbankgeschäften gelten.

8. STEUERN

Die steuerliche Belastung für Unternehmen und BürgerInnen nimmt zu. An unserem komplizierten Steuerrecht scheitern selbst Fachleute. Ein durchschnittlicher Mittelständler muss in Deutschland pro Jahr 218 Stunden für Steuerbürokratie aufwenden und damit beispielsweise 79 Stunden mehr als die Konkurrenz in Frankreich. Steuerentlastungen und Steuervereinfachungen stehen daher ganz oben auf der Liste der zu erledigenden Arbeiten einer neuen Bundesregierung. Besonders im Hinblick auf die Erbschaftsteuer spricht sich mehr als die Hälfte des Mittelstands gegen eine Steuer aus.

Unsere Forderungen

■ Gewerbesteuer entschärfen

Die Gewerbesteuer muss gestrichen und die Kommunen stattdessen stärker an den Gemeinschaftssteuern beteiligt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Gewerbesteuer in einem modernen Steuersystem nichts zu suchen hat. Den Gemeinden entgingen durch eine schlechte Ertragslage vieler Unternehmen die Gewerbesteuer und sie mussten starke Einnahmeausfälle verzeichnen. Entlastung erhielten die Gemeinden nur durch Milliardenzahlungen des Bundes.

Dieser Systemwechsel würde automatisch die Schaffung von interkommunalen Gewerbegebieten ermöglichen, was sich günstig auf Flächenverbrauch und Verkehrswege auswirken würde.

■ Erbschaftsteuer sofort abschaffen

Die Abschaffung der Erbschaftsteuer ist die einzige saubere Lösung, um den deutschen Mittelstand zu entlasten, keine Arbeitsplätze zu gefährden und die mittelständische Struktur der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Im Jahr 2016 lag das Aufkommen der Erbschaftsteuer bei lediglich 6,9 Milliarden Euro und somit nicht einmal bei einem Prozent des Gesamtsteueraufkommens.



Wenn es nach Grünen, SPD und Linkspartei geht, wird nach der Bundestagswahl Ende September die Vermögenssteuer reaktiviert. Doch selbst wenn die verfassungsrechtlichen Probleme einer Vermögenssteuer lösbar wären, hätte sie weitere gravierende Nachteile: Erstens sind die Verwaltungskosten einer Vermögenssteuer viel höher als bei anderen Steuern. Und zweitens droht dem Fiskus unterm Strich sogar ein Minusgeschäft: Vermögensteuern bedeuten – über kurz oder lang – weniger Investitionen, weniger Wirtschaftswachstum und weniger Beschäftigung, also eine schrumpfende Besteuerungsbasis für den Fiskus insgesamt.

Reiner Holznagel
Präsident
Bund der Steuerzahler



**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**



Ein Flug von Berlin nach Rom verursacht über fünfmal so viel Treibhausgas wie die gleiche Reise mit dem Bus. Trotzdem werden für die Busfahrt die vollen 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig während der Flieger ungeschoren davon kommt. Wer es ernst meint mit der Förderung von nachhaltigem Tourismus, muss endlich auch die Mehrwertsteuer für Busreisen und Fernbusfahrten senken. Ein längst überfälliger Schritt. Deutschland ist einer von nur drei EU-Mitgliedstaaten wo der volle Mehrwertsteuersatz für Busreisen gilt.

Karl Hülsmann
Präsident bdo

■ Solidaritätszuschlag abschaffen

Der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sollte sofort abgeschafft werden. Dies entlastet Unternehmen und BürgerInnen sofort und spürbar.

■ Vermögensteuer nicht wieder reaktivieren

Wir sprechen uns gegen eine Reaktivierung der Vermögensteuer aus, weil sie eine der verwaltungsaufwendigsten Steuerarten ist und einen negativen Effekt auf Wachstum und Beschäftigung hat. Daher würde ihre Reaktivierung ein Minusgeschäft für den Staat bedeuten.

■ Dienstleisterwahl reformieren

Kleine und mittelständische Unternehmen sind insbesondere in den Bereichen des Finanz- und Rechnungswesens häufig auf externe Dienstleistungen angewiesen. Wie sehr der eigene Aktionsradius bei der Auswahl dieser am Markt eingeschränkt ist, zeigt insbesondere das Nadelöhr bei der Beantragung finanzieller Hilfen in Zeiten der Corona-Pandemie. Mittelständler vertrauen, neben SteuerberaterInnen und RechtsanwältInnen, seit Jahren vor allem auf die Expertise von selbstständigen BilanzbuchhalterInnen und Buchführungsbüros. Es ist daher völlig unverständlich, dass diese ExpertInnen jedoch per Gesetz nur eingeschränkt als DienstleisterInnen für sie tätig werden dürfen. Künftig darf es keine Unterscheidung mehr geben, ob Unternehmen für zu erledigende Buchhaltungsaufgaben qualifizierte Fachkräfte als ArbeitnehmerInnen einstellen oder als externe DienstleisterInnen beauftragen. Eine Reform des Steuerberatungsgesetzes stellt den Unternehmen die benötigte Expertise von zusätzlich mehreren zehntausend Fachkräften zur Verfügung.



■ Öffnung des Steuersystems für die flexiblen Finanzierungsbedarfe von Start-Ups

Existierende Instrumente zur finanziellen Unterstützung von Start-Ups und GründerInnen greifen aufgrund ihrer Beschränkungen und kaum praktikablen Fristen zu kurz und sind zu oft mit der flexiblen Entwicklung der aufstrebenden Unternehmen nicht in der Praxis vereinbar.

■ Abgeltungssteuerfreiheit für Investitionen in forschungsintensiven Unternehmen

Eigenkapital wird gegenüber Fremdkapital systematisch diskriminiert. Nachdem bis zum Jahr 2009 Wertsteigerungen von Eigentumsanteilen an GmbHs und AGs, wie sie bei stark wachsenden und i.d.R. nicht ausschüttenden Unternehmen den großen oder sogar ganzen Teil der Rendite ausmachen, bei einer Haltedauer von mehr als zwölf Monaten steuerfrei waren, werden durch die Abgeltungssteuer InvestorInnen seit 2009 in Höhe von 25 Prozent ihrer Kapitaleinkünfte belastet (§32d Abs. 1 S. 1 EStG). Eine Abgeltungssteuerbefreiung beim Exit erhöht die Attraktivität in innovative Forschung und Entwicklung zu investieren.

■ Reinvestierte Gewinne steuerfrei stellen

Gewinne, die in mittelständischen Unternehmen verbleiben und reinvestiert werden, sollten steuerfrei gestellt werden. Für mittelständische Unternehmen ohne Zugang zum Kapitalmarkt ergäbe sich dadurch ein positiver Liquiditätseffekt, der Investitionen in Innovationen begünstigen würde.

■ Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter dynamisieren

Nach über einem halben Jahrhundert wurde im Jahr 2018 der Schwellenwert zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 Euro auf 800 Euro angehoben. Damit der Mittelstand nicht wieder 50 Jahre auf eine Anpassung warten muss, fordern wir die Anhebungen des Schwellenwertes an die Entwicklung der Inflationsrate zu koppeln.



Viele mittelständische Unternehmen sind in der Corona-Krise massiv in Liquiditätsprobleme geraten. Nicht wenige mussten zur Existenzsicherung auf ihr Eigenkapital zurückgreifen und dieses zum Teil komplett aufzehren. Dies ist eine schwere Hypothek für die Zukunft dieser Unternehmen. Denn ohne Eigenkapital sind notwendige Modernisierungs- und Innovationsinvestitionen kaum noch möglich, und es erschwert, Kredite von Banken für solche Zukunftsinvestitionen zu erhalten. Nun ist es entscheidend, dass das Eigenkapital des Mittelstands durch gezielte staatliche Maßnahmen unterstützt wird, damit die Kreditwürdigkeit gesichert und die Modernisierungskraft erhalten bleibt. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines staatlichen Eigenkapitalfonds in angemessener Höhe, um die Existenz und die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu sichern.

Dr. Hans-Jürgen Völz
Chefvolkswirt BVMW

9. ENERGIE- UND ROHSTOFFWENDE



Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Potenzial der Recyclingwirtschaft zum Klimaschutz stärker zu nutzen. Wir brauchen deshalb eine Zukunftsoffensive mit einer mittelstandsscharfen Förderung zum Ausbau von weiteren Recyclingkapazitäten. Flankierend dazu müssen insbesondere im Rahmen der Genehmigungsverfahren bürokratische Bremsklötze aus dem Weg geräumt werden.

Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer bvse

Der Mittelstand ist der Motor der Energie- und Rohstoffwende und damit der Etablierung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft in Deutschland. Daraus ergeben sich gerade für mittelständische Unternehmen große Chancen. Die Standortvorteile Deutschlands dürfen nicht durch zu hohe Strompreise gefährdet werden. Wir treten daher für eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der Energiewende unter der Leitlinie „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ ein. Eine dezentrale und verbrauchsnahe Erzeugung begrenzt die Kosten des Netzausbaus, stärkt den Wettbewerb auf dem Energiemarkt und vermeidet hohe Übertragungsverluste.

Deutschland braucht eine umfassende Rohstoffwende durch mehr Ressourcenschonung, Recycling sowie eine effiziente Sekundärrohstoffwirtschaft, um sich für eine ökonomisch erfolgreiche und nachhaltige Zukunft optimal aufzustellen. Gerade mittelständische Unternehmen können dazu mit ihrem Know-how einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft in Deutschland leisten. Der deutsche Mittelstand war schon immer vorne mit dabei, wenn es um Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein ging. Denn anders als große Konzerne ist jedes mittelständische Unternehmen traditionell Teil seiner unmittelbaren Um- und Mitwelt.

Unsere Forderungen

■ Dezentralen Ausbau von Erneuerbarer Energie fördern

Wenn die Bundesregierung ihre Klimaziele erreichen möchte, muss sie die Ausbaupfade für die Erneuerbaren Energien deutlich erhöhen und den dezentralen Ausbau attraktiver gestalten. Denn wenn mittelständische Unternehmen in betriebseigene Photovoltaik-Anlagen investieren, können sie einen Großteil des benötigten Stroms selbst erzeugen und tragen gleichzeitig umfassend zur regionalen Wertschöpfung bei. Hierfür braucht es einfache und attraktive Regelungen für den Eigenstromverbrauch sowie eine echte Strategie für den regionalen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus ist eine langfristige gesetzliche Zusicherung für derlei Investments notwendig, um aus dem Auf und Ab der bisherigen Förderpolitik auszusteigen und zu lernen.

■ Energiekosten senken

Der Anteil von Steuern und Umlagen macht mehr als 50 Prozent des Strompreises aus. Gleichzeitig werden VerbraucherInnen durch die Mehrwert- und Stromsteuer doppelt besteuert. Wir fordern daher, die Stromsteuer deutlich zu senken oder abzuschaffen. Dies würde Strom auch für Anwendungen der Sektorenkopplung attraktiver machen. Strom, Wärme und Mobilität müssen vernetzt gedacht werden.

■ Erneuerbare Energien weiter ausbauen

Dezentrale Speicher sind wichtig, damit die Energiewende gelingen kann. Zur Förderung der Wirtschaftlichkeit sollten Speicher von Letztverbraucherpflichten befreit werden, um Privathaushalte und den Mittelstand zu entlasten.

■ Sekundärrohstoffe verstärkt einsetzen!

Der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion schont natürliche Ressourcen, spart Energie und verringert den CO₂-Ausstoß. Es ist daher in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können. Denn eine funktionierende Kreislaufwirtschaft führt sowohl zu einem effektiven Umwelt- als auch Klimaschutz und muss zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen umfassend implementiert werden. Bedenklich wäre dabei jedoch die stärkere kommunale Einflussnahme auf das bewährte Prinzip der privatwirtschaftlichen Erfassung der Wertstoffe. Die Wiedergewinnung von Rohstoffen bei geringer Kostenbelastung der Unternehmen und VerbraucherInnen muss zweifellos im Vordergrund stehen.

■ Recyclingprodukte verwenden!

Ob im Straßen-, Haus- oder Gebäudebau, beim Handwerk, der Industrie oder der Verwaltung: Die deutsche Recyclingindustrie bietet qualitativ ausgezeichnete Recyclingprodukte für die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Trotzdem gibt es immer noch eine zu große Zurückhaltung öffentlicher wie privater AuftraggeberInnen, Recyclingprodukte einzusetzen. Die öffentliche Hand sollte bei ihren Auftragsvergaben daher mit gutem Beispiel voran gehen und die Diskriminierung der Verwendung von Recyclingprodukten, beispielsweise in Ausschreibungen, ausschließen.



10. GESUNDHEIT



Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben besonders deutlich gezeigt, dass die schon oft beklagte, zunehmend kommerzielle Ausrichtung des Gesundheitswesens den sozialen Gesellschaftsauftrag nur noch bedingt erfüllen kann. Mangelnde Digitalisierung und ineffektive Prozessabläufe verursachen unnötige Kosten. Die finanzielle Ausstattung ...

Die Prognosen gehen von steigenden Gesundheitskosten in den kommenden Jahren aus. Dabei werden die Möglichkeiten für eine Senkung der Kosten bei weitem nicht ausgeschöpft. Frühzeitige Präventionsmaßnahmen nützen den Menschen, entlasten die ArbeitgeberInnen und vermeiden teure Operationen und Langzeitbehandlungen.

Deshalb muss umgedacht werden: weg von der reinen Versorgung von Kranken, hin zur aktiven Förderung der Gesundheit. Unternehmen unterstützen diesen Ansatz, denn jede Reduktion von Fehlzeiten nutzt auch dem Mittelstand.

Unsere Forderungen

■ Gesundheitspersonal stärken und Bezahlung verbessern

Die Corona-Krise hat u.a. den Mangel an geeignetem Pflegepersonal mehr als verdeutlicht. Es muss endlich ein Umdenken stattfinden und eine Investitions- und Ausbildungsinitiative für die Pflegeberufe eingeleitet werden. Durch eine bessere Bezahlung muss die Branche attraktive Arbeitsplätze anbieten. Es muss massiv in die Finanzierung und Infrastruktur der Ausbildungsstätten investiert werden und geeignetes Personal direkt nach der Schullaufbahn für den Pflegeberuf ausgebildet werden. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass es im Gesundheitswesen noch wesentlich mehr Fachberufe gibt, die im Hintergrund der Patientenversorgung arbeiten und leider nicht im öffentlichen Blickfeld stehen. Es fehlt insgesamt an einer ganzheitlichen Strategie zur Besetzung der offenen Stellen im Gesundheitswesen und zur Behebung des Fachkräftemangels.

■ Prävention belohnen

Die Möglichkeiten der Diagnostik sind heute besser denn je, werden jedoch im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise auf den Menschen zu selten eingesetzt. Ernährung,

Bewegung und das tägliche Umfeld beeinflussen maßgeblich die Widerstandskraft. Hier können Krankenkassen und Unternehmen gemeinsam ansetzen. Eine politische Voraussetzung ist, dass den Krankenkassen erlaubt wird, höhere Ausgaben für Prävention zu tätigen. Inzwischen sind Präventionsmaßnahmen genauer definiert und die Kostenvorteile für das Gesamtsystem belegbar.

■ Arbeits- und Datenschutz mit Sinn und Verstand

Arbeitsschutz und Datenschutz sind sinnvoll, Bürokratie nicht. Die Dokumentationspflichten müssen sich an der tatsächlichen Gefährdung orientieren und der betrieblichen Realität angemessen sein. Eine Expertenkommission aus Regierung, mittelständischen UnternehmerInnen, MedizinerInnen und VertreterInnen der Versicherungswirtschaft soll Vorschläge für eine Überarbeitung der Arbeitsschutzverordnung entwickeln.

■ Transparenz über die Qualität von LeistungserbringerInnen und Krankenkassen

Die Abrechnung im Gesundheitssystem erfolgt oft intransparent. Insbesondere gesetzlich Versicherte müssen aktiv über die Beträge und Leistungen, die in ihrem Namen abgerechnet werden, informiert werden.

■ Flexibilisierung der Beiträge von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Bei vielen Selbstständigen, die noch nicht für das Alter vorsorgen, liegt der Grund in den unverhältnismäßig hohen Mindestbeiträgen zur GKV, insbesondere da Selbstständige den vollen Beitrag ohne Arbeitgeberbeteiligung zahlen müssen. Eine Flexibilisierung der GKV-Beiträge für Selbstständige durch Erhebung der Beiträge anhand des tatsächlichen Verdienstes ist daher notwendig. Dies müsste durch eine Erhöhung der Freigrenzen in der Familienkrankenversicherung flankiert werden.



... für die Aus- und Weiterbildung für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen muss dringend den Notwendigkeiten angepasst werden. Ein grundlegendes und nachhaltiges Umdenken für die effizientere und leistungsangemessene Bewältigung der künftigen Herausforderungen des demografischen Wandels ist nun unumgänglich. Hierbei ist auf die Einbeziehung aller Fachberufe zu achten.

Manfred Kindler und Heidemarie Hille
Präsident und Vizepräsidentin KKC



11. IMMOBILIEN



Beim privaten Immobilienbesitz ist Deutschland weder Europa- noch Weltmeister, sondern bildet seit langer Zeit das Schlusslicht. Das Eigenheim steht für vernünftige Altersvorsorge und wertstabile Vermögensbildung. Die Regierung, die also das Eigenheim nicht unterstützt, muss sich dann auch deutlich mehr Gedanken um Sozialleistungen und Rentenfinanzierung machen.

Wolfgang Kuhn
Präsident Eigenheimerverband



**Eigenheimerverband
Deutschland e.V.**

Beim privaten Immobilienbesitz ist Deutschland weder Europa- noch Weltmeister, sondern bildet seit langer Zeit das Schlusslicht. Die Frage nach geeigneten Flächen zum Wohnen und für Gewerbe stellt sich daher bereits seit einiger Zeit und wird unter den anhaltenden Entwicklungen immer schwerer zu beantworten. Inzwischen ist nicht mehr nur Wohnraum in Ballungsräumen schwierig zu finden, sondern zunehmend auch in ländlichen Regionen. Die Abwanderung in ländliche Regionen geht mit mehreren Herausforderungen einher: Zum Leben und Arbeiten braucht man heutzutage einen stabilen und schnellen Internetzugang, der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden, um den Anschluss ländlicher Regionen an Versorgungs- und Kulturzentren in Städten auch ohne Auto attraktiv zu gestalten, und nicht zuletzt muss das soziale Umfeld (Kindergärten, Schulen, Geschäfte) auch in den ländlichen Regionen wieder ausgebaut werden. Die Politik muss bei diesen Themen mutig vorgehen – Verbote schaffen keinen zusätzlichen Platz; Visionen und Aktionen sind gefragt, um eines der größten Probleme unseres Landes anzugehen. Dabei zeigt sich das Eigenheim als stabile und krisenresiliente Option im Wohnimmobilienbereich. Gleichzeitig ist aber auch der Markt für Gewerbeimmobilien überhitzt und zu hohe Mieten behindern die Kreierung neuer Startups oder das Überleben traditionsreicher Einzelhändler.

Unsere Forderungen

■ Mehr Neubau von Wohnraum

Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aufseiten der Verwaltung sind dringend nötig. Senkung der Erwerbsnebenkosten und Unterstützung vom Staat – hier lohnt sich ein Blick ins europäische Ausland, wo es gute Muster zur Erhöhung der Eigentumsquote gibt. Nur wenn sich Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt wieder angleichen, kann Spekulanten und Preistreibern effektiv die Basis genommen werden.

■ Eigenheimquote erhöhen

BürgerInnen, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, sind finanziell abgesicherter und dadurch unabhängiger. Dies zeigt sich in der aktuellen Pandemie und wird bei kommenden sozio-demografischen Entwicklungen, wie z.B. Altersarmut, ein dringendes Thema werden. Menschen, die in ihrem eigenen Eigentum wohnen, geben dem Staat mehr Möglichkeiten, sich um finanziell Bedürftige zu kümmern.

■ Reduktion der Nebenkosten

Die Grunderwerbsteuer für das selbstgenutzte Wohneigentum sollte als Hemmnis für Erwerb, insbesondere bei berufs-, familien- oder altersbedingtem Wohnortwechsel, abgeschafft werden. Weiterhin müssen Erwerbsnebenkosten gesenkt werden und Kreditprogramme durch den Staat ausgeweitet werden, die den BürgerInnen den Erwerb des Eigenheims ermöglichen.

■ Infrastruktur in ländlichen Gebieten muss auf den neuesten Stand gebracht werden

Menschen wollen wieder verstärkt in ländlichen Regionen leben, das haben nicht zuletzt Entwicklungen während der Corona-Pandemie gezeigt. Voraussetzungen dafür sind, dass die Infrastruktur auf dem neuesten Stand ist, schnelles Internet und 5G

überall (einschließlich der letzten Meile) verfügbar sind, der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist und eine tatsächliche Alternative zur Nutzung des Autos darstellt und die kommunale Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Ärzte, Geschäfte, etc.) wieder Einzug in die Gemeinden hält. So können wieder soziale und wirtschaftliche Perspektiven für den ländlichen Raum geschaffen werden.

■ Mitarbeitendenwohnungsbau fördern

Der Fachkräftemangel und die Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten sind zwei miteinander zusammenhängende Probleme, die mit dem Ansatz des Mitarbeitendenwohnungsbaus angegangen werden können. Im genossenschaftlichen Modell entsteht bezahlbarer Wohnraum für die Mitarbeitenden mittelständischer Betriebe. Dafür müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sich unmittelbar auf eine Reduzierung der Baukosten und damit der Mieten auswirken.

■ Gewerbeimmobilienmarkt nicht vergessen

Diskussionen um privaten Wohnraum, befeuert durch Initiativen, wie das Berliner Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen, dürfen nicht dazu führen, dass die Politik den ebenfalls überhitzten Markt von Gewerbeimmobilien aus den Augen verliert. Davon sind mittelständische Betriebe in Ballungsgebieten oder der Einzelhandel besonders betroffen. Gerade wenn diese kleinen Betriebe nach der Pandemie wieder mit derart hohen Mieten einsteigen müssen, erhöht das den wirtschaftlichen Druck und kann zu einer weiteren Insolvenzwellen im Mittelstand und zur weiteren Verödung von Innenstädten führen.



12. EUROPA UND INTERNATIONALES



Wir unterstützen die Ziele des Green Deals und der enthaltenen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit. Aber der Ansatz muss verbessert werden. Wir müssen den gesamten Lebenszyklus eines Produkts und alle Dimensionen der Nachhaltigkeit – die ökologische, die soziale und die ökonomische – im Blick haben. Regulierungen müssen auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen gewährleisten, um so die Verbraucher zuverlässig mit innovativen Produkten zu versorgen.

Thomas Keiser
Geschäftsführer IKW

Die Europäische Union ist der größte gemeinsame Markt der Welt und Garant für Frieden und Stabilität in Europa. Die Mitgliedsstaaten teilen gemeinsame Werte und die Freiheiten des Binnenmarkts. Allerdings vereinnahmen LandespolitikerInnen die Vorteile der EU für sich, während unerwünschte Entwicklungen einseitig der EU angelastet werden. Dies ist kontraproduktiv für das Ansehen der EU und untergräbt mithin die demokratische Entwicklung des Staatenbundes.

Unsere Forderungen

■ Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen

Gemeinsame europäische Werte und europäische Themen müssen stärker nach innen und außen kommuniziert werden. Die stärkere Darstellung von Erfolgen und Leistungen schafft Vertrauen und Akzeptanz. Ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der EU ist die Schaffung einer echten Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion.

■ EU – Perspektive Mittelstand

Der Mittelstand als Grundpfeiler der europäischen Wirtschaft muss bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Überarbeitung der EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen, die stärkere Orientierung des EU-Haushalts auf Forschung und Entwicklung, eine stärkere Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und eine Vereinfachung von Förderprogrammen.

■ Europäische Steueroasen verhindern

Steuerpraktiken von international agierenden Großkonzernen müssen verhindert werden. Diese verlegen ihren Hauptsitz häufig in Länder mit dem günstigsten Steuerrecht. Dadurch entsteht vielen deutschen Unternehmen ein Nachteil, weil ihnen solche Gestaltungsmöglichkeiten fehlen. Um einen Standortnachteil zu vermeiden, müssen sich die europäischen Staaten untereinander besser austauschen und eine einheitliche Steuerpolitik entwickeln.

■ Patente schützen die Innovationskraft des Mittelstands

Das Patentwesen muss die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des deutschen und europäischen Mittelstands schützen. Daher begrüßen wir die geplante Einführung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit; der Deutsche Bundestag samt Bundesrat müssen dabei aber ihre eigenen Entscheidungsbefugnisse dauerhaft sichern. Angesichts der zu vielen Verurteilungen auf Basis vermeintlich verletzter, später als nicht valide erkannter Patente, müssen Verletzungsurteile als Regelfall ausgesetzt werden oder es muss durch ein technisch besetztes Verletzungsgericht auch eine Patent-Überprüfung stattfinden.

■ Harmonisierung und Normung

Ohne die Einbindung in die fortschreitende Harmonisierung grundlegender Normen, ist der Zugang zu europäischen und internationalen Märkten bedroht. Deshalb ist die Schaffung von gemeinsamen Normen und die Harmonisierung von daten- und



Europa ist für unseren deutschen Mittelstand von entscheidender Bedeutung als Wirkungsfeld und als Werteunion. Nachdem jetzt das Bundesverfassungsgericht den Weg für ein einheitliches Patentsystem in Europa freigemacht hat, erwarten wir von der kommenden Bundesregierung, das EU-Patent zügig zu etablieren. Gleichzeitig sind die zuletzt beschlossenen Reformen am Deutschen Patentsystem mit neuen Vorgaben für die Gerichtsbarkeit in der Praxis nachzuvollziehen. Bekannte missbräuchliche Auswüchse sind einzudämmen und konkurrierende nationale Verfahrenswege zu versperren, zum Nutzen des innovativen Deutschen Mittelstands mit Freedom-to-Operate und für ein gerechtes Patentsystem..

Dr. Heiner Flocke
Vorstand Patentverein





Daten zu Einzelhandelswaren werden durch Deutschland, durch die EU und durch die UN harmonisiert und standardisiert. Im E-Commerce gehören die Daten fortan den Händlern. Bei Abgaben sollte Wettbewerbsgleichheit herrschen und in der Zustellung die Effizienz gesteigert werden. Insbesondere der Mittelstand benötigt dieses grenzüberschreitende Level-Playing-Field, um unabhängig und wettbewerbsfähig agieren zu können.

Florian Seikel

Managing Director
Logistic-natives

technischen Standards eine Priorität der Europäischen Union. Zunehmend schaffen nationale und europäische Gesetze den Rahmen, überlassen es den Wirtschaftsbelegten die notwendigen technischen und regulatorischen Standards in nationaler und europäischer Normung zu schaffen. Die Beteiligung an der Normung ist zu fördern und in finanzieller und organisatorischer Sicht zu unterstützen und für Mittelständler zu ermöglichen.

■ **Gegen nationalen Alleingang bei internationalen Lieferketten**

Dass die Menschen- und Arbeitsrechte universal gelten und einzuhalten sind, ist unbestritten. Ob allerdings der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg zum Ziel führt, ist mehr als fraglich. Ein nationaler Alleingang in dieser globalen Angelegenheit schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, statt zu einer Verbesserung der sozialen Situation in armen Ländern der Welt zu führen.

■ **Euro stabil halten**

In der Corona-Krise hat sich die gemeinsame Währung im europäischen Wirtschaftsraum wieder als Garant für Stabilität in vielen Euro-Ländern bewiesen, die mit nationalen Währungen nicht in jedem Fall hätte erreicht werden können. Für den europäischen Binnenmarkt ist eine gemeinsame Währung essenziell und muss daher von der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Regierungen weiter stabil gehalten werden. Die Nullzinspolitik der EZB führt selten zu zusätzlichen Investitionen, diese Geldpolitik führt zu mehr Unsicherheit bei den Unternehmen. Unsicherheit ist und bleibt für Innovation sowie Investition das größte Hemmnis.



In der Allianz vereinen sich mittelständisch geprägte Verbände unter dem Dach des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft zu einer gemeinsamen politischen Stimme. Zusammen setzen wir uns für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung ein.

Mit mehr als 30 Partnerverbänden vertritt die Mittelstandsallianz die Interessen von über 900.000 Stimmen.



Herausgeber

BVMW – Bundesverband
mittelständische Wirtschaft
Unternehmerverband
Deutschlands e.V.

Potsdamer Straße 7
Potsdamer Platz
10785 Berlin

Ansprechpartner

Diana Scholl
Leitung Mittelstandsallianz
diana.scholl@bvmw.de

Telefon 030 533206-0
Fax 030 533206-50

info@bvmw.de
www.bvmw.de



MittelstandsAllianz
Eine Initiative des BVMW